

„Absolut kein Konsens“

Wie die Iraner zum staatlichen Atomprogramm stehen

von Wahied Wahdat-Hagh

Die so genannten Reformislamisten sind kein Bollwerk gegen Achmadinedschads Atomprogramm: In dieser Frage herrscht Einigkeit zwischen Hardlinern und Reformern. Und die Bevölkerung? Demonstrationen, Diskussionen in Weblogs und der Umstand, dass die Bürger durch soziale Wohltaten geradezu bestochen werden müssen, deuten darauf hin, dass die Iraner den Kurs ihres Präsidenten nicht geschlossen billigen.



Dr. WAHIED WAHDAT-HAGH, geb. 1957, ist Mitarbeiter des Middle East Media Research Institute (MEMRI). 2003 erschien von ihm „Die islamische Republik Iran“. Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus“.

Das Atomprogramm ist im Iran zu einem außenpolitischen Problem geworden. Daher wurde eine neue Institution – der „Rat der außenpolitischen Strategie“ – eingerichtet, um die außenpolitischen Aktivitäten von Präsident Mahmud Achmadinedschad zu koordinieren und einen Konsens in der Außenpolitik zwischen den verschiedenen islamistischen Flügeln herzustellen.¹ Dieser Rat berät seit Juni 2006 den Präsidenten und den Außenminister bei großen außenpolitischen Entscheidungen. Zu den Mitgliedern des Rates zählen hochrangige Exminister: Vorsitzender ist Kamal Kharazi, Außenminister von 1997 bis 2005; weitere Mitglieder sind Ali Schamkhani, Exverteidigungsminister,² und Ali Akbar Welayati, 16 Jahre lang Außenminister unter den Regierungen von Mir Hussein Mussawi und Ali Akbar Rafsandschani. Welayati, der als einer der Drahtzieher des Mykonos-Attentats gilt, ist der Meinung, dass es „keinen Sinn hat, mit den USA zu verhandeln.“³ Ein solcher Kurs ist eine der Hauptlinien der iranischen Außenpolitik.

Konsens im iranischen Staat

Die verschiedenen Machtgruppen im Iran unterstützen gemeinsam das Atomprogramm. Mehdi Mohammadi beschreibt in *Kayhan*, dem Sprachrohr und Propagandablatt des religiösen Führers, die iranischen Positionen bezüglich des Atomprogramms wie folgt: Er beteuert, der Iran werde keine Atombomben bauen, denn Atombomben würden nichts am iranischen Verteidigungspotenzial ändern. Außenpolitisch werde der Iran regionale und internationale Hebel in Bewegung setzen, um mehr Druck auf die westlichen Staaten auszuüben. Das Ziel sei, die Beziehungen zu jenen Staaten zu stärken, die die iranischen Positionen teilen.

Weiterhin gehe der Iran davon aus, dass das Ergebnis der Verhandlungen im Atomstreit ein Modell für alle Entwicklungsländer sein werde, die sich in einer ähnlichen Lage befänden. Mohammadi schreibt: „Es ist daher nicht falsch, wenn wir sagen, dass der Iran seine Probleme internationalisieren will“, um den „Monopolanspruch des Nordens“ zu verhindern. Zudem werde ein „Gleichgewicht des Schreckens gegen Israel gebildet“. Ein solches Gleichgewicht werde den „Nationalismus einiger arabischer Muslime“ stärken, zumal der Iran bei den Atomverhandlungen die Interessen aller anderen islamischen Länder vertrete. Eine Abweichung vom Atomprogramm, so wie es die Europäer fordern, sei „irrational“. Je mehr Druck auf den Iran ausgeübt werde, umso weniger fühle sich der Iran an seine Verpflichtungen gegenüber internationa-

¹ Memri.org, 29.6.2006, <http://memri.org/bin/latestnews.cgi?ID=IA28306>.

² *Sharq*, 26.6.2006.

³ *Sharq*, 26.6.2006.

len Institutionen gebunden. Der Iran werde seine Zusammenarbeit mit der IAEO nur so lange fortsetzen, wie sie nicht politisch gegen den Iran agiere. Der Iran werde in aller Schnelligkeit seine Technologie vorwärts treiben, und keine Diplomatie werde diese Entwicklung stoppen können. Bis zum Ende des Jahres würden in Natanz über 3000 Zentrifugen in Betrieb sein. Mohammadi erinnert daran, dass der Iran sich nicht scheue, auch einen sehr hohen Preis zur Erreichung seiner Ziele zu zahlen, falls die Politik versage.⁴

Die Argumente der Reformislamisten für das Atomprogramm sind andere und verdienen eine kritische Reflexion. Haschemi Rafsandschani – er gilt in der Zeitung *Sharq* als moderat – beispielsweise plädierte in seinem Freitagsgebet für Gespräche und vertrauenerweckende Maßnahmen und warnte vor harschen Schritten. Er sagte: „Glücklicherweise gibt es seit einigen Wochen wieder Ruhe, und für den Dialog gibt es auch noch gute Voraussetzungen.“⁵ Rafsandschani brachte seine Haltung bildhaft zum Ausdruck: „Wir können den Knoten noch mit der Hand aufmachen. Wir brauchen noch nicht die Zähne dafür.“⁶

Die reformislamistische Zeitung *Sharq* geht ebenfalls auf Rafsandschanis Freitagsgebet ein und betont, dieser habe gesagt, dass „die Bedingungen für wahre Gespräche geschaffen“ seien. Der Kommentator von *Sharq* zitiert sogar Mao und plädiert mit diesem für ein Verständnis von „Politik als Krieg ohne Blutvergießen“. Ein Kalter Krieg sei eine bessere Lösung als ein blutiger. Dieser Kalte Krieg erscheint ihm offenbar unvermeidlich, denn einen Verzicht auf das Atomprogramm zieht er nicht in Betracht.

Ebrahim Yasdi, einer der politischen Sprecher der Nehsate Asadi, der nationalreligiösen Bewegung, die als Partei verboten, aber ideologisch zu einer der reformislamistischen Säulen der Diktatur gezählt wird, kritisiert die Angebote des Westens, die den Iran zum Einlenken bewegen sollen. Der Iran könne gar nicht mehr auf sein Atomprogramm verzichten, da immerhin schon Millionen von Dollar in Atomanlagen, die sich bereits im Bau befänden, investiert worden seien. Natürlich könne der Iran auch ganz aus dem NUV-Vertrag aussteigen. Ein solcher Ausstieg würde jedoch einen hohen Preis fordern. Yasdi diskutiert die Anreize des Westens und verwirft sie alle. Er bezweifelt sogar, dass eine Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation wirklich Vorteile für den Iran mit sich bringen würde. Im Falle der Befolgung der WTO-Bedingungen könnten Wirtschaftskrisen verstärkt werden. Negativ äußerte Yasdi sich auch bezüglich des Angebots, dass der Iran sein Anreicherungsprogramm nach Russland verlagern sollte, da dies zu teuer sei. Der Iran solle entgegen dem russischen Plan darauf bestehen, dass westliche Firmen sich am Urananreicherungsprogramm auf iranischem Boden beteiligen.

Hardliner und Reformerteidigen das Atomprogramm, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Kein Konsens in der iranischen Gesellschaft

Zwischen Hardlinern und Reformern scheint also weitgehende Einigkeit zu bestehen, was die Notwendigkeit des Atomprogramms betrifft. Der bekannte iranische Dissident Akbar Gandschi vertritt indessen die Position, dass es in der Bevölkerung „absolut keinen Konsens über die Nuklearfrage gibt. Alles,

⁴ *Kayhan*, 26.6.2006.

⁵ *Kayhan*, 24.6.2006.

⁶ ISNA (Iranian Students News Agency), 23.6.2006.

Die neue Welt der Atommächte

was als ‚national‘ bezeichnet wird, ist nur ideologische Propaganda.“⁷ Wie könne ein Atomprogramm als nationales Projekt bezeichnet werden, wenn es 18 Jahre lang sogar vor dem eigenen Volk geheim gehalten worden sei, fragt Gandschi. Tatsächlich ist es im Iran verboten, öffentlich das staatliche Atomprogramm in Frage zu stellen. Dennoch gibt es Widerstand, der allerdings im Keim erstickt wird.

Auf mehrtägigen Demonstrationen forderten im Mai dieses Jahres iranische Studenten ein Ende des Atomstreits.⁸ Frauen demonstrierten für eine Änderung der Verfassung und für Menschenrechte.⁹ In dem von Frauen betriebenen Weblog *Javaanehaa*, das von der iranischen Regierung inzwischen zensuriert wurde, wurde im letzten Dezember die Frage aufgeworfen, wie denn die Sicherheit eines Reaktors gewährleistet werden soll. Eine Iranerin mit dem Pseudonym „Monahita“ diskutiert in dem Weblog die Frage nach der Not-

Studenten, Frauen und Arbeiter protestierten gegen das Nuklearprogramm.

wendigkeit des Atomprogramms. Sie spricht von purer „Demagogie“, wenn der iranische Staat behauptete, dass die Urananreicherung der „Unabhängigkeit des Landes im Bereich der Energietechnik“ diene. Die „mafiose Herrschaft verfolgt doch nur eine Rentierstaatspolitik, die zu einer immer größeren Abhängigkeit des Landes und zu immer höheren Importen“ geführt habe. Sie stellt die Frage nach der vermeintlichen „Unabhängigkeitspolitik“ und stellt fest, dass sogar der „schwarze Stoff, mit dem man die Zwangsschleier zur Unterdrückung der Frauen näht, importiert werden muss“. Hier werde die „Ehre des Mannes, der schwarze Stoff des Schleiers, aus dem ungläubigen Ausland importiert, aber entschuldigen Sie bitte, wir sollen das Potenzial des Baus der Atombombe bekommen, um Unabhängigkeit zu bekommen?“¹⁰ Auf der letzten Mai-Demonstration riefen Demonstranten: „Arbeiter, vergesst das Atomprogramm, denkt an Euch selbst.“¹¹ Trotz dieser Hinweise ist es aber sehr schwer, unter diktatorischen Verhältnissen eindeutige Aussagen über die Meinung der Bevölkerung zu machen.

Die Exilopposition

„Das jetzige Regime darf kein Atomprogramm und keine Atomwaffen haben. Wir brauchen statt der Atombombe Frieden, Sicherheit und Demokratie für den Iran und für die Region“, sagt Mohammad Schams, Mitglied des Exekutivkomitees der Referendumsbewegung im Iran, eine im Iran initiierte und im Exil aktive überparteiliche Bewegung, die sich für freie Wahlen im Iran einsetzt. Auch die Royalisten und die Mudschaheddin sind entschieden gegen ein Atomprogramm in der Islamischen Republik. Im republikanischen Lager gibt es diesbezüglich jedoch keine einheitliche Position. Ein Teil der Exilopposition ist in der Tat unentschlossen, da sie die US-Politik geradezu als das Hauptproblem betrachtet.¹² Bahman Nirumand etwa kritisiert zwar Achmadinedschad, gibt aber den USA die Verantwortung, falls es zu einem Krieg kommen sollte. Er stellt die Frage, ob es die „Teheraner Führung nicht geradezu auf einen mi-

⁷ Maryam Kashani; Ganji: There is No Consensus on the Nuclear Issue in Iran, *Roozonline*, 22.6.2006.

⁸ Memri.org, 26.5.2006, Nr. 1174.

⁹ Memri.de, 16.6.2006.

¹⁰ http://javaanehaa.blogspot.com/2006_04_01_javaanehaa_archive.html#114417504083513951.

¹¹ Memri.de, 2.5.2006.

¹² Mohssen Massarat, Andreas Buro: „Keinen Krieg gegen den Iran – für eine politische Lösung!“ in: *Informationsbrief der Internationalen Liga für Menschenrechte*, Liga-Report, 1/2006, S. 9–12.

litärischen Konflikt anlegt.“ Die iranische Gesellschaft und der Gottesstaat würden sich seit Jahren auseinander bewegen. Daher würde „massive Einflussnahme von außen oder gar ein Militärschlag die erkennbaren Veränderungstendenzen zunichte machen und – ganz entgegen den vergeblichen Absichten der USA – eine Öffnung und Demokratisierung des Landes verhindern.“¹³ Er appelliert an die EU, sich für eine friedliche Lösung einzusetzen.

Durch solche Positionen von Exiloppositionellen können sich die iranischen Machthaber bestätigt fühlen. In Teheran gehört es nämlich zum guten Ton, USA und EU gegeneinander auszuspielen. Hämisches bezieht man sich beispielsweise auf die Verlautbarungen des deutschen Verteidigungsministers Franz Josef Jung (CDU), der sich im Alleingang dafür ausgesprochen hatte, dem Iran die Urananreicherung zu friedlichen Zwecken zu gewährleisten.¹⁴ Im Iran wird argumentiert, dass sich die deutsche Regierung nicht von Jung distanziert habe, was als Beleg für eine Spaltung zwischen der deutschen und der US-Politik betrachtet wird.¹⁵ Dabei hatte der Verteidigungsminister sich kurz zuvor noch für eine „transatlantische Geschlossenheit“ gegenüber dem Iran ausgesprochen, denn das iranische Atomprogramm berühre „unmittelbar unsere Sicherheit“.¹⁶

Viele iranische Exiloppositionelle sehen weiterhin in den USA das Hauptproblem.

Zuckerbrot und Peitsche

Achmadinedschad versucht, die iranische Gesellschaft auf eine größere Konfrontation mit dem Westen vorzubereiten. Dazu gehört auf ideologischer Ebene der Mahdawismus,¹⁷ also staatliche Propaganda für Selbstmordattentate. Hinzu kommen massive Repression und wirtschaftliche Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung, die zum Gehorsam gegenüber „Führer“ und „Gott“ zwingen sollen. Das Ziel ist eindeutig: Man will Zeit gewinnen, um das Atomprogramm durchzuziehen, mit der Option, über Nacht die Bombe zu bauen, sobald die technischen Vorbereitungen, die für friedliche und Rüstungszwecke nahezu identisch sind, abgeschlossen sein werden.

Um sein Atomprogramm durchzusetzen, verlässt sich der iranische Präsident allerdings nicht auf Repression, sondern versucht mit sozialen Wohltaten das iranische Volk regelrecht zu kaufen. Staatlich kontrollierte Banken und Unternehmen sollen nun „Aktien für Arme“ verkaufen. Insgesamt sollen 80 Prozent der staatlichen Unternehmen auf diese Weise „privatisiert“ werden.¹⁸ In Wirklichkeit handelt es sich um Klientelwirtschaft, mit der die soziale Basis der Regierung finanziell abgesichert werden soll.

In den letzten Mai-Wochen wurde auf Anordnung von Achmadinedschad ein Budget von vier Milliarden Dollar für die Verbesserung des Schulwesens bewilligt. (Natürlich sollen diese Ausgaben der Mahdi-Kultur und der Islamisierung des Bildungssystems dienen.) Auch viele Arbeiter der staatlich kontrollierten Unternehmen bekamen nach Monaten wieder Lohn. Achmadinedschad verdoppelte auch die Regierungszuschüsse an Banken und zwang diese damit, die Zinsen um einige Prozente zu senken.

¹³ Bahman Nirumand: *Iran, die drohende Katastrophe*, Köln 2006, S. 75.

¹⁴ Hans Monath: Jung löst im Atomstreit Turbulenzen aus, *Der Tagesspiegel*, 30.6.2006.

¹⁵ <http://www.baztab.com/news/42172.php>.

¹⁶ Rede von Franz-Josef Jung auf der 42. Münchner Sicherheitskonferenz, 4.2.2006.

¹⁷ Memri.de, 29.8.2006.

¹⁸ *Kajhan*, 3.7.2006.

Die neue Welt der Atomkräfte

Gleichzeitig steigen ständig die Preise für Nahrungsmittel und Immobilien, die Menschen verschulden sich immer mehr gegenüber inländischen Banken und werden somit immer unzufriedener. Auch steigen die Ölpreise, wovon die Diktatur aber wiederum profitiert: Im Jahr 2006 wird der Iran wahrscheinlich über rund 50 Milliarden Dollar Staatseinnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft verfügen. Die steigenden Preise haben dazu geführt, dass die Staatseinnahmen sich in den letzten vier Jahren verdoppelt haben. Bemerkenswert ist auch, dass der iranische Staat im letzten Jahr allein 7,7 Milliarden Dollar für Subventionen ausgab.¹⁹ Dank hoher staatlicher Subventionen zahlen die Iraner für Benzin nur 10 Cent pro Liter. Da der Iran keine ausreichenden Raffinerien hat, kann selbst der Benzinbedarf für den eigenen

Noch wird das Benzin subventioniert, doch bald schon wird es rationiert.

Markt nicht gedeckt werden. Deswegen gab der Staat allein im letzten Jahr 2,9 Milliarden Dollar für Benzinimporte aus. Die WTO hat dem Iran auferlegt, die Subventionen für das Benzin zu kürzen. Dies würde aber zu höheren Preisen führen und eine allgemeine Preissteigerung in Gang setzen, was die Popularität des Präsidenten gefährden könnte. Die Subventionspolitik ist ein Hinderungsgrund für eine Mitgliedschaft in der WTO, die der Iran seit 2001 anstrebt. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste der Iran seine Marktstruktur diversifizieren. Das würde jedoch bedeuten, dass auf staatliche Subventionspolitik und Rentierstaatspolitik weitgehend verzichtet werden müsste.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde sogar in einem offenen Brief von 50 iranischen Wirtschaftsexperten kritisiert. Beanstandet wurde die staatliche Interventionspolitik, die beispielsweise die Preise für verschiedene Warengruppen staatlich fixiert. Die Experten analysieren, dass hohe Öleinnahmen zu einer wachsenden und unkontrollierten Inflation führen. Die privaten inländischen und ausländischen Investitionen würden dadurch immer mehr sinken, was ein Wirtschaftswachstum unmöglich mache. Im Vergleich mit 60 anderen Entwicklungsländern gebe es 2006 im Iran die schlechtesten Voraussetzungen für neue Investitionen. Der Binnenmarkt sei stark geschrumpft und Importe seien gestiegen. Dank der hohen Ölpreise hätten sich die Importe in den Iran in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Die Wirtschaftsexperten erwarten sogar eine 40- bis 50-prozentige Inflationsrate.²⁰

Achmadinedschad geht ungeachtet jeder Kritik seinen eigenen Weg und erschwert durch seine Wirtschaftspolitik weiterhin Auslandsinvestitionen. Dennoch könnte in Zukunft sein Beliebtheitsgrad auch im Inland sinken. Denn Achmadinedschad verfolgt de facto eine Strategie von Zuckerbrot und Peitsche nach innen. Einerseits verspricht er der Bevölkerung Wohlstand, andererseits versucht er sie zu disziplinieren, um die Volkssolidarität im Kampf gegen den „Imperialismus“ sicher zu stellen.

Inzwischen wird sogar erwogen, das Benzin zu rationieren.²¹ Man will offenbar möglichen Sanktionen vorgreifen und die Gesellschaft schon jetzt daran gewöhnen. Zwar muss eine solche Entscheidung von der iranischen Regierung noch abgesegnet werden, aber die Konsumenten werden jetzt schon gewarnt, dass im Falle eines möglichen Verbots weiterer Benzinimporte der

¹⁹ Bill Spindle: Behind Rise of Iran's President: A Populist Economic Agenda, *The Wall Street Journal*, 22.6.2006.

²⁰ http://www.econews.ir/main1.asp?a_id=4014, Economic News Agency, econews.ir, 2.7.2006.

²¹ *Sharq*, 28.6.2006.

subventionierte Höchstverbrauch auf 4,5 Liter pro Tag und Auto eingeschränkt werden könnte.²² Wäre es da für die iranische Wirtschaft nicht rationeller, auf Öl und Gas zu setzen und neue Raffinerien zu bauen, die wenigstens den eigenen Benzinbedarf decken könnten, statt Atomkraftwerke?

Vor dem Hintergrund der totalitären Herrschaft sind von einem Regime, das seit 27 Jahren einen Krieg gegen das eigene Volk führt, keine friedlichen Ziele zu erwarten. Denn unter Frieden versteht das Regime die monopolisierte Herrschaft des Klerus und einer kleinen Technokratenschicht im Iran, die Übernahme der Führungsrolle in der islamischen Welt und einen kulturellen und wenn nötig militärischen Kampf gegen den Westen. Das diktatorische Regime im Iran zeichnet sich obendrein durch eine religiös apokalyptische Haltung aus, deren Irrationalität sich in der Unterstützung von Selbstmordattentätern zeigt.

Inzwischen sind das Atomprogramm und der potenzielle Bau einer iranischen Bombe auch von der europäischen Sicherheitspolitik als Problem erkannt worden. Lothar Rühl beispielsweise hält eine „Raketenabwehr zur Abschirmung Europas gegenüber dem Mittleren Osten in der NATO in Kooperation mit den USA für notwendig“.²³ Und tatsächlich entschied der deutsche Bundestag im April 2005 unter rot-grüner Regierung über die Entwicklung neuer Laufabwehr-Raketen (Meads), die allein Deutschland mindestens 847 Millionen Euro kosten werden.²⁴

Bernard Lewis hebt hervor, dass zu den außenpolitischen Zielen der USA die Verhinderung einer neuen „regionalen Hegemonie“ im Persischen Golf gehöre.²⁵ Um sich unangreifbar zu machen, verfolgt der Iran jedoch genau dieses Ziel. Die Politik der Nadelstiche gegen Israel, die Mitte Juli in einen Stellvertreterkrieg ausartete, ist dabei ein gutes Ablenkungsmanöver, um das iranische Atomprogramm zu forcieren. Expräsident Khatami bezeichnet die Hisbollah als „Sonne“, die „die Herzen der Muslime erwärmen“²⁶

würde; der religiöse Führer Ali Khamenei spricht sich entschieden gegen eine Entwaffnung der Hisbollah aus und nennt Israel eine „eitrige Geschwulst in der islamischen Welt“.²⁷ Aus dem Iran werden freiwillige Selbstmordattentäter in den Libanon geschickt,²⁸ und die einst

von dem Reformler Mochtaschemipur gegründete Hisbollah schießt Raketen made in Iran auf Israel. In dieser Situation relativiert sogar Akbar Gandschi die Problematik, wenn er behauptet, dass „christlich-jüdisch-islamische Fundamentalisten die Situation in Libanon“²⁹ anheizen würden. Ein großer Teil der iranischen Bevölkerung, das lässt sich nicht leugnen, ist aus purem Antiamerikanismus gegenwärtig paralysiert und orientierungslos; eine demokratische Opposition, die ein Machtfaktor sein und die Politik der Regierung beeinflussen könnte, fehlt im heutigen Iran.

Erkennt die iranische Bevölkerung, dass eine Konfrontation mit Israel nicht in ihrem Interesse liegt?

²² *Sharq*, 13.6.2006.

²³ Lothar Rühl: Was will Iran mit Atomwaffen?, *Neue Zürcher Zeitung*, 7.7.2006.

²⁴ Siehe auch Wahied Wahdat-Hagh: Die Akte Iran, *Jüdische Allgemeine*, 21.4.2005.

²⁵ Bernard Lewis: *Die Wut der arabischen Welt, Warum der jahrhundertelange Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen weiter eskaliert*, Berlin 2003, S. 116.

²⁶ *Resalat*, 17.7.2006.

²⁷ *Sharq*, 17.7.2006.

²⁸ <http://www.alborznews.net/shownews.asp?u=6132>.

²⁹ Zitiert nach Guy Dinmore: Experts challenge White House line on Iran's influence, *Financial Times*, 18.7.2006.